



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 173
18. Mai 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

diese Woche war Haushaltswoche im Deutschen Bundestag. Das bedeutet, der Entwurf der Regierung für den Bundeshaushalt 2018 wurde in den Bundestag eingebracht (mehr dazu auf dieser Seite). Haushaltswochen sind übrigens keine gewöhnlichen Sitzungswochen. Beispielsweise beginnt das Plenum bereits am Dienstag und somit einen Tag früher als üblicherweise. So bleibt ausreichend Zeit, die Etats der einzelnen Ministerien einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Besonders gefreut habe ich mich in dieser Woche jedoch über Besuch aus der Heimat. Eine 10. Klasse des Staatlichen Eifel-Gymnasiums Neuerburg ist zurzeit auf Abschlussfahrt in Berlin und hat die Gelegenheit für einen Besuch im Bundestag genutzt.



Foto: Schnieder

Am Dienstag haben wir uns zum Gespräch über meine Arbeit in Berlin getroffen und dabei auch über aktuelle politische Themen diskutiert.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

HAUSHALT

Keine neuen Schulden, Rekordinvestitionen und Entlastungen

Der Kabinettdesign für den Haushalt 2018 liegt nun vor und ging diese Woche in seine erste Lesung. Durch die Fortsetzung unserer soliden Haushaltspolitik – auch in diesem Haushalt werden keine neuen Schulden gemacht – wird die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit dem Jahr 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen. Auf der Ausgabenseite arbeiten wir konsequent die Ziele ab, die wir uns mit dem Koalitionsvertrag gesetzt haben: Die Ausgaben für die Innere Sicherheit steigen gegenüber dem Regierungsentwurf von Juni 2017 noch einmal an und überschreiten erstmals die Summe von 5 Mrd. Euro, die zusätzlichen Mittel kommen insbesondere der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt zugute. Im Bereich der Verkehrspolitik sollen die Verkehrsinvestitionen auf dem Rekordniveau von 14 Mrd. Euro fortgeführt werden. Höhere Mittel fließen zudem in die beschlossene Wohnraumoffensive, die Stärkung des deutschen Gesundheitssystems und den Breitbandausbau im ländlichen Raum, der alleine für das laufende Jahr zusätzliche 1,15 Mrd. Euro erhalten soll. Wir werden bei unseren Ausgaben auch die neue Steuerschätzung berücksichtigen, die für Bund, Län-

der und Gemeinden bis zum Jahr 2022 Steuermehreinnahmen in Höhe von 63 Mrd. Euro vorsieht. Diese überaus erfreulichen Zahlen sind Folge der weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist jedoch zu bedenken, dass nur ein Teil der Steuermehreinnahmen auf den Bund entfallen, dem bis Ende der Legislatur 9-10 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung stehen werden. Die zusätzlichen Ausgabenspielräume wollen wir nutzen, um mit dem Abbau der kalten Progression die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten und die Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe zu erhöhen, damit die Bundesrepublik für zukünftige außenpolitische Herausforderungen gewappnet ist. Die Gestaltungsspielräume dürfen jedoch nicht überschätzt werden, gerade auch angesichts möglicher handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele Maßnahmen auf einmal beschließen können, da eine solide Finanzpolitik und nachhaltiges Wachstum für uns Fragen der Generationengerechtigkeit sind. Doch dort, wo zusätzliche Impulse notwendig sind, werden wir sie setzen. Die CSU/CSU-Bundestagsfraktion steht auch im Jahr 2018 für eine Haushaltspolitik mit Maß und Mitte.

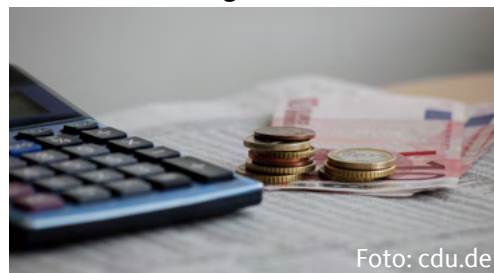


Foto: cdu.de

der und Gemeinden bis zum Jahr 2022 Steuermehreinnahmen in Höhe von 63 Mrd. Euro vorsieht. Diese überaus erfreulichen Zahlen sind Folge der weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist jedoch zu bedenken, dass nur ein Teil der Steuermehreinnahmen auf den Bund entfallen, dem bis Ende der Legislatur 9-10 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung stehen werden. Die zusätzlichen Ausgabenspielräume wollen wir nutzen, um mit dem Abbau der kalten Progression die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten und die Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe zu erhöhen, damit die Bundes-

republik für zukünftige außenpolitische Herausforderungen gewappnet ist. Die Gestaltungsspielräume dürfen jedoch nicht überschätzt werden, gerade auch angesichts möglicher handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele Maßnahmen auf einmal beschließen können, da eine solide Finanzpolitik und nachhaltiges Wachstum für uns Fragen der Generationengerechtigkeit sind. Doch dort, wo zusätzliche Impulse notwendig sind, werden wir sie setzen. Die CSU/CSU-Bundestagsfraktion steht auch im Jahr 2018 für eine Haushaltspolitik mit Maß und Mitte.

KLAUSURTAGUNG

Baukindergeld entlastet Familien

In der vergangenen Woche fand die Klausurtagung der Spitzen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf der Zugspitze statt. Neben den Themen „Künstliche Intelligenz“ und „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ stand auch die Verabschiedung einer „Wohnrauminitiative“ auf der Agenda. Hierbei gab es besonders für viele Familien gute Nachrichten. Denn wir haben uns auf wichtige Details zur Einführung des Baukindergelds beschlossen.

Das Baukindergeld soll Familien beim Erwerb von Wohneigentum finanziell entlasten und bereits rückwirkend ab 1.1.2018 gezahlt werden. Pro Kind und Jahr erhält jede Familie 1.200 Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern bedeutet das einen Zuschuss von 24.000 Euro. Damit wird gerade für Familien, die nicht über ausreichend Eigenkapi-

tal verfügen, der Erwerb von Wohneigentum erschwinglich. Das stellt eine erhebliche Entlastung für viele Familien in Deutschland dar.

Bereits im Sommer soll das Baukindergeld im Bundestag beschlossen werden. Ab August können dann bei Vorliegen einer Baugenehmigung bzw. eines Kaufvertrages schon die ersten Anträge über ein Förderprogramm der KfW gestellt werden.

Darüber hinaus haben wir auch die Einführung steuerlicher Anreize für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen, neue Schutzinstrumente für Mieter bei Mietpreissteigerungen nach einer Modernisierung sowie die Einführung einer gesetzlichen Auskunftspflicht für Vermieter zur Offenlegung der Vormiete beschlossen. All diese Maßnahmen werden für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland sorgen.

WAHLKREIS I

Austausch mit den Seniorenbeauftragten der VG Daun



Foto: Schnieder

Mit den Seniorenbeauftragten und Seniorencoaches der Verbandsgemeinde Daun habe ich mich in der vergangenen Woche in Steineberg zum Gespräch getroffen und dabei einen wertvollen Einblick in ihre Arbeit erhalten. Ebenso haben wir uns zu seniorenrelevanten Themen ausgetauscht und dabei insbesondere die Frage diskutiert, wie die Politik ältere Menschen noch besser unterstützen kann.

MEISTERFEIER

Jungmeister aus der Region feiern ihren Abschluss

143 Handwerker aus zwölf verschiedenen Berufen feierten vor knapp zwei Wochen in Trier den Erhalt ihrer Meisterbriefe. Unter dem Motto „Dieser Tag gehört Euch. Die Zukunft übrigens auch.“ durfte ich gemeinsam mit HWK-Präsident Rudolf Müller und dem Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe die begehrten Urkunden überreichen und zugleich die Festansprache vor den 650 geladenen Gästen halten.

Hierbei war es mir wichtig, den Wert der beruflichen Bildung hervor zu heben. Denn der Meisterbrief ist das Gütesiegel des deutschen Handwerks und ist weltweit ein Zeichen für Qualität. Er sollte daher auch in der gesellschaftlichen Wertschätzung nicht weniger wert sein als ein akademischer Abschluss. Der Wert der beruflichen Bildung zeigt sich aber auch an der Bedeutung des Handwerks für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. So haben die deutschen Handwerksbe-

triebe allein im vergangenen Jahr rund 50.000 neue Stellen geschaffen und knapp 140.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Nicht ohne Grund hat Deutschland mit aktuell 4,8 Prozent die



Foto: Anne Nickels

niedrigste Jugendarbeitslosenquote innerhalb der EU. Das ist ein wesentlicher Verdienst des deutschen Handwerks und zeigt, dass die vielen Handwerksbetriebe Garanten unseres Wohlstands sind. Auch die nun ausgezeichneten Jungmeister werden dazu beitragen,

dass die Erfolgsgeschichte des deutschen Handwerks fortgeführt wird.

Daher ist es auch der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, die Auszubildenden und die Handwerksbetriebe in der laufenden Legislatur stärker zu entlasten. Beispielsweise durch die Erhöhung der finanziellen Unterstützung beim Erwerb des Meisterbriefs, die Einführung eines Meister-Bonus und durch Bürokratieentlastungen für kleine Unternehmen.

Für die Jungmeister wird er aber ebenso wichtig sein, neue Wege zu gehen. Insbesondere die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, um dem Handwerk zusätzliche Attraktivität zu verleihen. Ich bin mir sicher,

dass die neuen Meister mit ihrem Know-how dazu beitragen werden, das Handwerk zukunftsfest zu machen und den hohen Qualitätsanspruch, für den das deutsche Handwerk weltweit steht, auch an die nachfolgenden Generationen weitergeben werden.

BERLIN I

Städtebauförderung des Bundes bleibt Erfolgsgeschichte für die Region

Im vergangenen Jahr hat der Bund über 740.000 Euro in unsere Region investiert. Das Städtebauförderprogramm des Bundes bleibt damit für meinen Wahlkreis eine wahre Erfolgsgeschichte. So sind seit dem Start der Städtebauförderung im Jahr 1971 insgesamt knapp 27 Millionen in meinen Wahlkreis geflossen.

Ziel der Städtebauförderung des Bundes ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, städtebauliche Probleme vor Ort zu lösen, Strukturen zu verbessern und das Stadt- bzw. Gemeindebild aufzuwerten. Kurz gesagt: Es werden Maßnahmen unterstützt, die die Städte und Gemeinde zukunftsfest und lebenswerter gestalten. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Sogwirkung, die von der Bundesförderung ausgeht. So schiebt ein Euro eingesetztes Fördergeld Investitionen von sieben Euro an

und löst somit bundesweit private Folgeinvestitionen in Milliardenhöhe aus. In der vergangenen Legislaturperiode wurden die Bundesmittel für die Städtebauförderung auf ein Rekordniveau von 790 Millionen Euro erhöht. Ich freue mich, dass hiervon erneut auch Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis profitiert haben.

Im vergangenen Jahr waren dies insbesondere die Städte Bitburg, mit einer Fördersumme von 175.000 Euro, und Gerolstein, mit einer Fördersumme von über 111.000 Euro. Allein im vergangenen Jahr wurden darüber hinaus ebenso Projekte in Arzfeld, Bollendorf, Irrel, Kyllburg, Neuerburg, Prüm, Schönecken, Waxweiler und Wittlich gefördert. Die Förderschwerpunkte lagen dabei in der Sanierung und Verschönerung der Stadt- und Ortskerne, aber auch im Denkmalschutz.

WAHLKREIS II

Europatag am Regino-Gymnasium



Foto: Schnieder

Anlässlich des 68. Jahrestages der Schuman-Erklärung findet am 9. Mai traditionell der Europatag statt. Auch am Regino-Gymnasium in Prüm wurde dieser Tag in der vergangenen Woche feierlich und mit großem Engagement der Schüler begangen. So wurden beispielsweise mehrere positive wie negative Zitate zu Europa vorgestellt. Die Schüler mussten sich anschließend das Zitat herausuchen, welches ihre Sicht auf Europa am besten repräsentiert. Mein Favorit und

erfreulicherweise auch der der meisten Schüler war folgendes Zitat von Konrad Adenauer: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle“. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen viele die EU und ihre Grundprinzipien in Frage stellen, fasst dieses Zitat perfekt zusammen, warum wir unbedingt an ihr festhalten und an ihrer Weiterentwicklung arbeiten müssen.



Foto: Schnieder

BERLIN II

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm ein Jahr in den USA leben



Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) von Bundestag und US-Kongress geht in die nächste Runde. Ab sofort können sich interessierte Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige wieder für ein Stipendium bewerben, mit dem sie die Möglichkeit erhalten, ein Jahr in den USA zu leben, dort die Schule zu besuchen oder ein Praktikum in einem Unternehmen zu absolvieren. Bundestags- und Kongressabgeordnete übernehmen dabei die Patenschaften für die Jugendlichen. Auch ich engagiere mich seit Jahren als Pate für die jungen „Transatlantiker“ und rufe hiermit alle interessierten Jugendlichen in meinem Wahlkreis zur Bewerbung auf.

Das PPP ist als Vollstipendium konzipiert. Es umfasst daher den gesamten Kostenbeitrag, also sowohl die Reise-, als auch die Versicherungs- und Programmkosten. Während ihres Aufenthalts leben die Jugendlichen in Gastfamilien.

Bewerbungsschluss für das 36. PPP 2019/2020 ist der 14. September 2018. Weitere Informationen und alle Bewerbungsunterlagen stehen unter www.bundestag.de/ppp zur Verfügung.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71881
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de) • [Webseite](http://www.bundestag.de/ppp)
[Facebook](https://www.facebook.com/p.schnieder) • [Twitter](https://twitter.com/p.schnieder) • [Youtube](https://www.youtube.com/channel/UC...)

WAHLKREIS III

Startschuss für Breitbandausbau in Meisburg

Neben den Verkehrswegen bilden auch die Breitbandnetze das Rückgrat unserer Infrastruktur. Schnelles Internet gehört zu einer modernen Daseinsvorsorge und ist für die Eifel nicht nur ein wesentlicher Standortfaktor, sondern überlebenswichtig. Vor wenigen Tagen war es endlich soweit, in Meisburg (Verbandsgemeinde Daun) fand der symbolische Spatenstich für den Ausbaubeginn im Vulkaneifelkreis statt. Insgesamt 14 Mio. Euro werden investiert, um allen 65 unterversorgten Gemeinden im Ausbaubereich bis Ende 2019 Übertragungsgeschwindigkeiten von mind. 50 Mbit/s

zur Verfügung stellen zu können. Zusätzlich erhalten 88 Gewerbestandorte und alle 26 Schulen im Kreis einen Glasfaseranschluss mit einer Kapazität von bis zu 1 Gbit/s. Der Ausbau des Breitbandnetzes erfolgt durch Innogy, eine Tochtergesellschaft des Energieversorgers RWE. Innogy hat sich verpflichtet, das Breitbandnetz für 15 Jahre zu betreiben und zu unterhalten.

Der Ausbau von Breitbandnetzen ist ein aufwendiger und kostspieliger Vorgang. Um alle weißen Flecken von der Landkarte zu tilgen, müssen insgesamt 220 Kilometer Glasfaser zu den rund 3.000 Haushalten verlegt werden. Um den Zeitplan einzuhalten, werden zudem 14 Baukolonnen in mehreren Gemeinden gleichzeitig arbeiten. Der CDU ist es in besonderer Weise wichtig, dass bei der Versorgung des ländlichen Raumes mit schnellem Internet keine Zeit verloren geht. Daher stammen die Mittel des Ausbaus auch mehrheitlich aus dem Breitbandförderprogramm des Bundes, obwohl der Breitbandausbau als Bestandteil der Daseinsvorsorge eigentlich Aufgabe der Landesregierung in Mainz ist.

Gegenwärtig werden in Rheinland-Pfalz 24 Ausbauprojekte durchgeführt, auf

die die Landesregierung gerne verweist. Ein genaues Hinsehen zeigt jedoch, dass jedes dieser 24 Projekte mehrheitlich vom Bund finanziert wird. Auch im Vulkaneifelkreis steuert der Bund 5,2 Mio. Euro bei, während der Anteil des Landes bei lediglich 2,6 Mio. Euro liegt. Aus eigener Kraft bringt die Landesregierung kein einziges Ausbauprojekt zustande. Wenn der Bund nicht in die Bresche gesprungen wäre, hätte die Landesregierung die ländlichen Räume mehr oder weniger sich selbst überlassen.

Andere Bundesländer zeigen uns, wie



Foto: Schnieder

es geht. Sie investieren eigene Mittel, und das in erheblichem Umfang. Wo die rheinland-pfälzische Landesregierung reflexhaft nach dem Bund schreit, hat beispielsweise Bayern eigene Haushaltsmittel für Breitbandinvestitionen umgeschichtet, da man in München frühzeitig erkannt hat, dass die Zukunft des ländlichen Raumes neben den Verkehrsanbindungen auch vom schnellen Internet abhängt. Unter dem Strich hat Bayern seinen Gemeinden in den vergangenen fünf Jahren 300 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, Rheinland-Pfalz lässt sich den Breitbandausbau im Haushalt des laufenden Jahres gerade einmal 18 Mio. Euro kosten. Hier zeigt sich, wie wenig der Landesregierung die Versorgung der Menschen auf dem Land tatsächlich wert ist.

Das Selbstbild der Landesregierung sieht gänzlich anders aus. Fragt man bei der Landesregierung nach den Mitteln für den Breitbandausbau, erhält man als Antwort dreistellige Millionensummen genannt. Erst auf Nachfrage räumt die Landesregierung kleinlaut ein, dass sich die genannten Summen auf mehrjährige Zeiträume beziehen und teilweise zweckgebundene Mittel des Bundes sind. Während sich Staatssekretär Randolph Stich rühmt, „Erster bei der Aufholjagd“ zu sein, sieht die Realität so aus: In keinem westdeutschen Flächenland ist die Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s

so schlecht wie in Rheinland-Pfalz. Wie der TÜV Rheinland erfasst hat, kommt beinahe jeder vierte Haushalt nicht auf diese Datenrate. In meinem Wahlkreis in der Eifel hat man von der Aufholjagd noch nichts mitbekommen. Und ich gehe davon aus, dass für die 900.000 Rheinland-Pfälzer, die auf weniger als 50 Mbit/s zugreifen und von vie-

len Möglichkeiten der Digitalisierung nicht profitieren können, dasselbe gilt. Ohne die Fördermittel des Bundes wären daher ganze Landstriche in Rheinland-Pfalz ohne digitale Perspektive. Während sich die Landesregierung wegduckt, nimmt die CDU ihre Verantwortung wahr. Erst diese Woche haben wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen im Deutschen Bundestag vorgeschlagen, dass der Breitbandausbau im ländlichen Raum über die bestehenden Mittel hinaus alleine für das laufende Jahr zusätzliche 1,15 Mrd. Euro erhalten soll.

Die Zukunft bedeutet Glasfaser, und die Zukunft ist teuer. Ich wünschte daher, die rheinland-pfälzische Landesregierung würde mit Nachdruck weitere Breitbandmittel bereitstellen.